

**Sparer: Sturmlauf gegen geplante europaweite Einlagensicherung /
Europaabgeordneter Peter Simon (SPD) warnt vor Panikmache**

„Kein Angriff auf deutsche Notgroschen“



Mannheim/Brüssel. Es scheint fast so, als müsse Peter Simon (Bild), Mannheimer SPD-Europaabgeordneter, gegen eine Wand reden - eine ganz große Wand. Wenn die Brüsseler EU-Kommission ihre Vorschläge zur künftigen Sicherung von Spareinlagen in Europa wie geplant noch in diesem Monat vorlegt, wird in Deutschland ein Sturm der Entrüstung aufkommen.

Die Vorboten waren dieser Tage schon zu sehen. Die gesamte deutsche Bankenbranche, von den Sparkassen über die Volks- und Raiffeisenbanken bis hin zu den Privatbanken, ist sich in ihrer Ablehnung einig. Unterstützung erhalten sie von der Großen Koalition, die hat vergangene Woche in einer Bundestagsentschließung festgestellt, dass "die Vergemeinschaftung von Bankrisiken durch eine gemeinsame europäische Einlagensicherung kein Vertrauen in die Sicherheit der Spareinlagen schafft". Gestern lehnte noch der Sachverständigenrat ("Fünf Wirtschaftsweisen") die Brüsseler Pläne zur "gemeinschaftlichen Einlagensicherung" ab.

"Nächste Krise wird kommen"

Simon, der im Europaparlament bei der letzten Überarbeitung für die Einlagensicherung federführend verantwortlich war, versucht die Gemüter zu beruhigen. "Es geht darum, die Banken in Europa rechtzeitig so fit zu machen, dass sie die nächste Krise überstehen. Und die nächste Krise wird kommen", sagt er.

Klar ist für ihn aber auch, dass die deutsche Einlagensicherung beziehungsweise die Institutssicherung der Sparkassen und Volksbanken "in keinsten Weise durch eine europäische Regelung in ihrer Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden darf", sagte Simon dieser Zeitung. Bei der Institutssicherung haften alle anderen für eine notleidende Bank. Mit dem Instrument wurde einst die Sparkasse Mannheim vor dem Aus gerettet. Das hat Simon übrigens als Referent des damaligen Mannheimer Kämmers persönlich miterlebt.

Bei der neuen EU-Regelung müsse sichergestellt sein, dass kein anderes Land ohne Rücklagen auf die bereits angesparten Sicherungsmittel eines anderen Landes zugreifen darf. Simon ist davon überzeugt, dass dies nach derzeitigem Stand der Gesetzesvorbereitung erreicht werden kann und es damit "keinen Angriff auf deutsche Notgroschen" geben würde. Die Brüsseler Vorschläge seien "eine Ergänzung zum deutschen System", so Simon, eine zusätzliche Sicherung also.

Dafür müsse gewährleistet sein, dass nur derjenige vom Sicherungssystem profitiere, der zuvor auch alle Vorbedingungen (darunter die Einführung nationaler Einlagensicherungen) umgesetzt und auch in einen EU-Rückversicherungsfonds eingezahlt habe.

Das ist nach Simons Ansicht ein guter Anreiz, die Sicherungssysteme in anderen Ländern auf deutsches Niveau zu bringen. Und das Ganze müsse auch nicht teurer für deutsche Banken und ihre Sparer sein, rechnet Simon vor. Denn eine zusätzliche Vorsorge müssten Banken wegen neuer Regulierungsvorschriften sowieso treffen.

Nach derzeitigem Stand plant die EU den Zielbetrag für die nationalen Einlagensicherungsfonds bei 0,8 Prozent der sogenannten gedeckten Einlagen (Sparguthaben, die durch die Einlagensicherung geschützt sind). So stehe das bereits in der geltenden Richtlinie. Von diesen 0,8 Prozent würde ein noch zu bestimmender Teil an einen europäischen Rückversicherungsmechanismus abgeführt werden.

Über mögliche Kompromisse oder Kungeleien in der Kommission will Simon nicht spekulieren. Es gilt bei der Einlagensicherung das Mehrheitsprinzip. Deutschland kann also überstimmt werden. Günther Oettinger ist nur einer von 28 EU-Kommissaren. Es dürfte also ein Gesetz geben - die Frage ist nur noch, was drinstehen wird.

© *Mannheimer Morgen, Donnerstag, 12.11.2015*